

**Antwort auf Mündliche Anfrage****35. Institut für niederdeutsche Sprache e. V. (INS)**

Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers, Almuth von Below-Neufeldt und Dr. Stefan Birken (FDP)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung

Vorbemerkung der Abgeordneten

Seit 1979 fördern die Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein das Institut für niederdeutsche Sprache e. V. (INS) im Rahmen eines gemeinsamen Abkommens. Regierungsstellen bescheinigen dem INS „große Fachlichkeit und Engagement“. Kulturvereinigungen in den Ländern betonen u. a. die Funktionen des INS als „zentrales Informations- und Dokumentationszentrum“, als „Beratungs- und Koordinierungsangebot für die Vermittlung von Niederdeutsch“ und für die „Vernetzung von Institutionen und Personen aus Wissenschaft, Kultur, Medien und Politik“.

Gleichwohl haben die beteiligten Länder das Abkommen zur Förderung des INS aufgekündigt. Die Kündigung wurde mit „einer sich immer schneller verändernden Mediengesellschaft“ und „unterschiedlichen regionalen Besonderheiten“ der Länder begründet. Eine Förderung des INS sei aus Projektmitteln weiter möglich, die Länder würden aber eigene Konzepte vor Ort umsetzen. Kritiker der Kündigung befürchten den Verlust der Synergieeffekte und der jahrzehntelangen Erfahrung des INS.

Die Länder haben angekündigt, Zukunftsperspektiven für die zukünftige Förderung des INS oder des Niederdeutschen zu erarbeiten. Als Frist wurde der 1. Oktober 2016 genannt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen haben Ende des Jahres 2015 einvernehmlich beschlossen, die gemeinsame Förderung des Instituts für niederdeutsche Sprache e. V. (INS) zum 31.12.2017 einzustellen. Dies war kein leichter Schritt, ist doch die Stärkung des Niederdeutschen ein überaus wichtiges Anliegen in Norddeutschland. Die Geberländer haben sich des Weiteren darauf verständigt, die Förderung und Pflege des Niederdeutschen unter Beachtung der regionalen Besonderheiten inhaltlich, strukturell und organisatorisch auf eine neue Grundlage zu stellen. Gemeinsam und im Dialog mit den niederdeutschen Strukturen sollen die kommenden Monate genutzt werden, um Konzepte einer zukünftigen Förderung und perspektivischen Entwicklung des Niederdeutschen unter den veränderten Rahmenbedingungen zu diskutieren und rechtzeitig vor Ende 2017 umzusetzen. Die Länder sind sich darin einig, dass eine Neuaufstellung in der Förderung des Niederdeutschen erreicht werden soll, um die Entwicklungen und Veränderungen der letzten Zeit entsprechend zu berücksichtigen und sich den neuen Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft zu stellen. Eine Kürzung der Mittel zur Pflege des Niederdeutschen in Niedersachsen ist nicht geplant.

1. Welche Zukunftsperspektive hat die Niedersächsische Landesregierung zur Förderung des Niederdeutschen im Allgemeinen und der Förderung des INS im Besonderen entwickelt?

Mit dem Beschluss zur Einstellung der gemeinsamen Förderung des INS stehen für Niedersachsen zur Förderung des Niederdeutschen ab 2018 die Mittel zur Verfügung, die bislang für das INS vorbehalten wurden, dies sind bis zu 130 000 Euro pro Jahr. Bereits am 08.09.2016 hat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit Vertretern des Niedersächsischen Heimatbundes, der Landschaften und Landschaftsverbände sowie der Universität Oldenburg ein erstes Gespräch über eine künftige Förderstruktur geführt. Weitere Gespräche mit allen Akteuren sind geplant. Im Rahmen der Gespräche werden beispielsweise die Einrichtung einer überregionalen Service- und Koordinationsstelle, der Ausbau der Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich der niederdeut-

schen Sprache und auch der Auf- und Ausbau einer Länder übergreifenden Struktur an der auch der Bund und weitere Bundesländer, in denen Niederdeutsch gesprochen wird, beteiligt sein sollten, erörtert.

Auf der Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe beim Bundesministerium des Innern am 18.10.2016 in Berlin wurde seitens des INS mitgeteilt, dass zurzeit die Option verhandelt würde, dass das INS Teil des Instituts für Deutsche Sprache (IDS) werde. Das Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim besteht seit 1964. Es ist die zentrale außeruniversitäre Einrichtung zur Erforschung und Dokumentation der deutschen Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte.

Dem Beratenden Ausschuss gehören neben Mitgliedern des Bundestages und Vertretern der acht Bundesländer, in denen Platt gesprochen wird, Vertreter des beim INS in Bremen angesiedelten Bundesrates für Niederdeutsch (Bundesraat för Nedderdüütsch) an.

2. Wie stellt sich die Landesregierung die Förderung des Niederdeutschen in „einer sich immer schneller verändernden Mediengesellschaft“ vor?

Der Einzug der neuen Medien im Kontext einer immer schneller fortschreitenden Digitalisierung verändert alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Freizeit. Im Gespräch mit den Vertretern des Niederdeutschen aus Niedersachsen sowie der Universität Oldenburg, aber auch gemeinsam mit den norddeutschen Ländern, wird an einer Strategie einer modernen, innovativen und zeitgemäßen Förderung des Niederdeutschen gearbeitet.

3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Ergebnisse der jahrzehntelangen Arbeit des INS dauerhaft zu erhalten?

Sofern das INS als e. V. weiter besteht, wären auch die bislang erarbeiteten Ergebnisse gesichert. Dies wäre auch dann der Fall, wenn das INS Teil des IDS werden sollte.